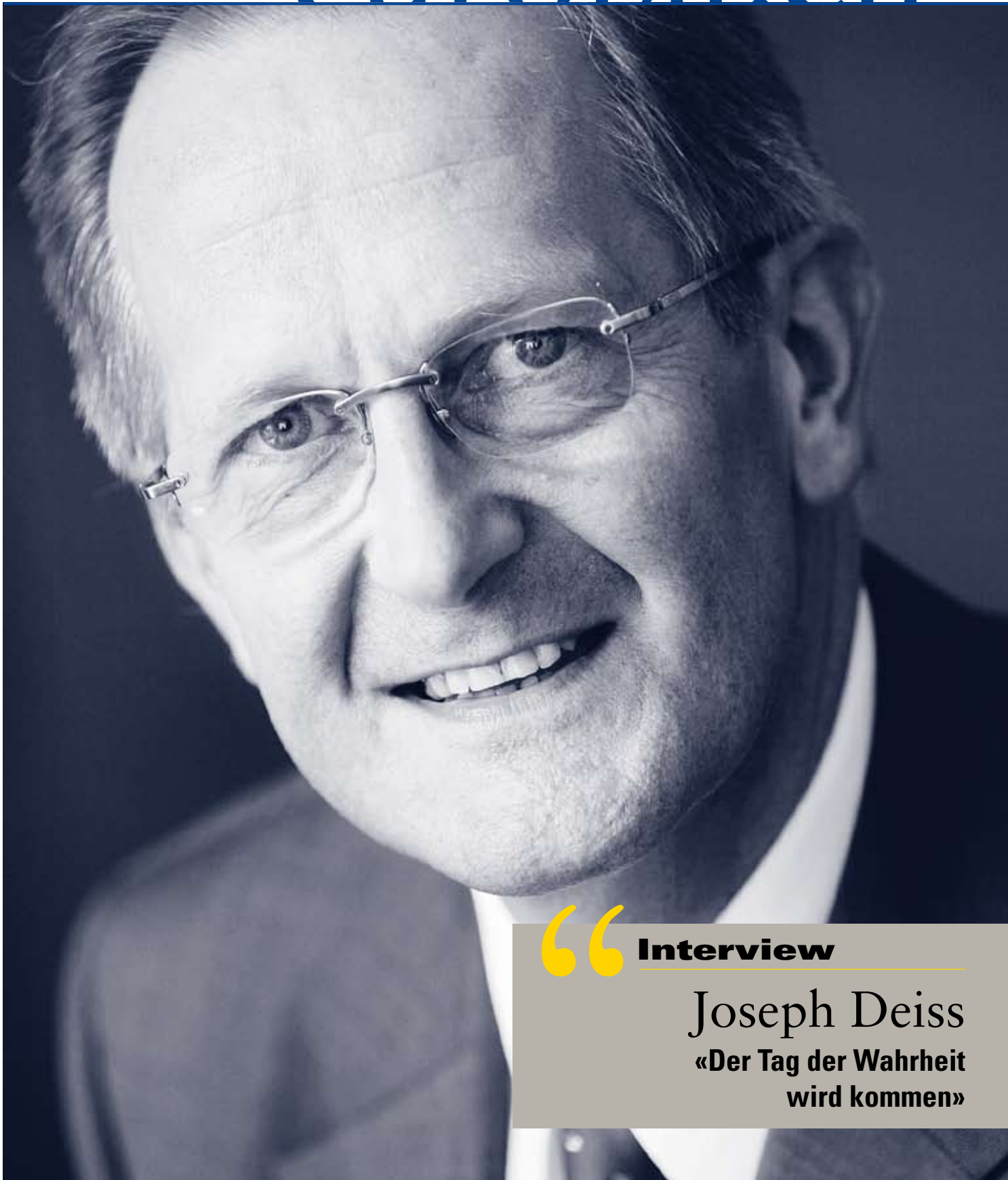




europa.ch



Interview

Joseph Deiss
«Der Tag der Wahrheit
wird kommen»

aktuell

Alec von Graffenried:
Да пред свободното движение на хора («Ja zur Personenfreizügigkeit»)

» Seite 3

interview

Joseph Deiss:
«Der Tag der Wahrheit wird kommen»

» Seite 4

personenfreizügigkeit

Salamitaktik oder Katastrophenszenario?

» Seite 7

mythen aufgespiesst

Eine windige Verleumdung

» Seite 8

hintergrund

Der Vertrag von Lissabon – irische Ausgabe

» Seite 9

Norwegische «Faxdemokratie»

» Seite 10

yes

«Where the f* are we?»**

» Seite 12

schnappschuss

» Seite 15

Liebe Leserin, lieber Leser

Das Referendum über die Personenfreizügigkeit ist also doch zustande gekommen. Die Nebs wird sich zusammen mit ihren Partnern für ein Ja einsetzen.

Warum? Weil der bilaterale Weg zwangenermassen irgendwohin führt – und wohin, wenn nicht nach Brüssel? Die Fortsetzung einer autonomen (Europa-)Politik wird für die Schweiz immer schwieriger. Der Handlungsspielraum wird zunehmend kleiner, der Preis, den es zu zahlen gilt, steigt. Die Konsequenzen des bilateralen Wegs werden immer spürbarer.

In diesem Kontext tritt alt Bundesrat Joseph Deiss im Interview (S. 4–6) für ein überzeugtes Ja zur Personenfreizügigkeit ein.

Es schmerzt, mit anzusehen, wie zum wiederholten Mal die Frage der Personenfreizügigkeit in den Vordergrund gerückt wird, während andere grundsätzliche Fragen – wie jene der Mitgliedschaft – systematisch umgangen werden. Die Schweiz ist aber in diesem Punkt kein Sonderfall mehr: In Irland



kann eine Volksabstimmung die europäische Integration blockieren, und Norwegen ist noch direkter als die Schweiz von der «Faxdemokratie» betroffen. Trotzdem kommt es nicht zu einer offenen Diskussion über die zunehmend schneller schwindende Souveränität.

Die europäischen Bewegungen von Irland (S. 9) und Norwegen (S. 10–11) treten diesen Problemen – freilich mit gänzlich unterschiedlichen Ansätzen – mit viel Engagement entgegen.

Die Nebs und die yes haben grosses Interesse daran, sich davon inspirieren zu lassen. Zurück aus Brüssel, bringt die yes einen trefflichen Ausspruch eines norwegischen Lobbyisten mit: «Where the f*** are we?» (S. 12–13).

Ich wünsche Ihnen eine angenehme Lektüre!

Nicolas Rion, Generalsekretär



ch.spots

Der Geist von Olympia in Europa

«Dabei sein ist alles!» – sagt sich der Schweizer zwar nicht bei Europa, aber wenigstens an den Olympischen Spielen. Was Edelmetall angeht, übertrumpfte die EU gemäss medaillenspiegel.eu dieses Mal China und die USA. Als EU-Mitglied wäre die Schweiz also nicht nur dabei, sondern würde auch etwas gewinnen! Doch wen kümmert das schon, wenn man eine gute Schlagzeile braucht: «Viktor Röthlin bester Europäer!». Man lerne: Sobald wir mal die Besten sind, machen wir auch gerne bei Europa mit. (dg)

Das wahre Gesicht der SVP

Die SVP hat sich betreffend der Personenfreizügigkeit einen neuen «Kompromiss» ausgedacht: Die Ausdehnung auf Rumänien und Bulgarien, beides «Nettoexporteure» von Kriminellen, ist kategorisch abzulehnen. Wenigstens so lange, bis Brüssel die Souveränität der Schweiz im Steuerwesen definitiv anerkennt. Mit anderen Worten: Wenn ihr uns unsere Reichen lässt, nehmen wir dafür eure Kriminellen auf. Die SVP rühmt sich schliesslich als die Partei der kleinen Leute und der Sicherheit. (nr)

Interessenpolitik?

FDP-Generalsekretär Stefan Brupbacher wertet die Ablehnung des Lissabonner Vertrags durch die Iren als Bestätigung dafür, dass die Schweiz auf dem richtigen Weg ist. Der bilaterale Weg sei beste Aussenpolitik, d.h. eine für beide Partner befriedigende Interessenpolitik. Die selbsternannten Hüter von Souveränität und (direkter) Demokratie vergessen dabei: Ist diese Fremdbestimmung ohne jegliches Mitspracherecht wirklich in bestem Schweizer Interesse? (iz)

Да пред свободното движение на хора*

Von Alec von Graffenried, Nationalrat und Präsident der Sektion Bern der Nebs

Ein Nein zur Personenfreizügigkeit würde den bilateralen Weg als solchen infrage stellen. Aufgrund der juristischen Verknüpfung der verschiedenen Verträge würden die ganzen Bilateralen I hinfällig werden. Dies hätte für die Schweiz verheerende Konsequenzen. Darum setzt sich die Nebs konsequent für ein Ja ein. Gleichzeitig muss sich die Schweiz aber auch grundsätzliche Gedanken über ihre europapolitische Zukunft machen.

Einmal mehr stimmt die Schweizer Bevölkerung über eine europapolitische Vorlage ab. Nach den deutlichen Voten für die Personenfreizügigkeit, für Schengen/Dublin und für die Kohäsionsmilliarde befindet das Volk am 8. Februar 2009 über die Weiterführung der Personenfreizügigkeit und die Ausdehnung eben dieser auf Rumänien und Bulgarien.

Es war ein logischer Entscheid des Parlamentes, diese beiden Vorlagen in einem Beschluss zusammenzufassen und sich nicht von der Drohung eines Referendums unter Druck setzen zu lassen. Denn einen Bilateralismus à la carte würde die Europäische Union zu Recht nicht goutieren. Genauso wenig, wie sich die Schweiz eine Ungleichbehandlung der Kantone gefallen lassen würde.

Es gibt einige Anzeichen, die auf einen positiven Ausgang dieser Abstimmung hindeuten. Zunächst zeigt die Zerstrittenheit der EU-Gegner bezüglich des Referendums, wie sehr sie in dieser Frage gespalten sind. Unter ihnen sind sich die wirtschaftsnahen Kreise durchaus der Bedeutung dieses Abkommens bewusst. Aber auch das knappe Zustandekommen des Referendums selbst beweist, dass die Bevölkerung weiterhin hinter der Personenfreizügigkeit und damit zum bilateralen Weg steht.

Es wäre nun aber fatal, den Ausgang dieser Abstimmung dem Zufall zu überlassen. Zu viel steht für die Schweiz auf dem Spiel. Seit Inkrafttreten des Abkommens 2002 hat sich die Zuwanderung kontrolliert und gemäss den Bedürfnissen der Wirtschaft entwickelt. Die Schweizer Wirtschaft konnte ihr Wachstum nur dank dem Zufluss von



Alec von Graffenried (Bild: zVg)

Arbeitnehmenden aus der EU meistern. Weshalb also diesen Erfolg gefährden?

Ein Nein zur Personenfreizügigkeit würde aber auch den bilateralen Weg als solchen infrage stellen. Lehnt die Schweiz die Weiterführung und Ausdehnung der Personenfreizügigkeit ab, treten alle anderen Abkommen der Bilateralen I aufgrund der sogenannten Guillotine-Klausel automatisch ausser Kraft. Denn diese Abkommen sind juristisch miteinander verknüpft und haben nur als Paket Geltung. Ein Nein wäre also ein unmissverständliches Zeichen an die EU und würde die Glaubwürdigkeit der Schweiz für weitere Verhandlungen, zum Beispiel in der Strommarktliberalisierung, markant beeinträchtigen.

Für die Nebs führen die Gegner einen Kampf auf verlorenem Posten; die Nebs wird sich auch dieses Mal wieder konsequent für ein Ja einsetzen. Schliesslich gehört der freie Personenverkehr neben dem freien Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr zu den vier Grundfreiheiten der EU. Dadurch nähert sich

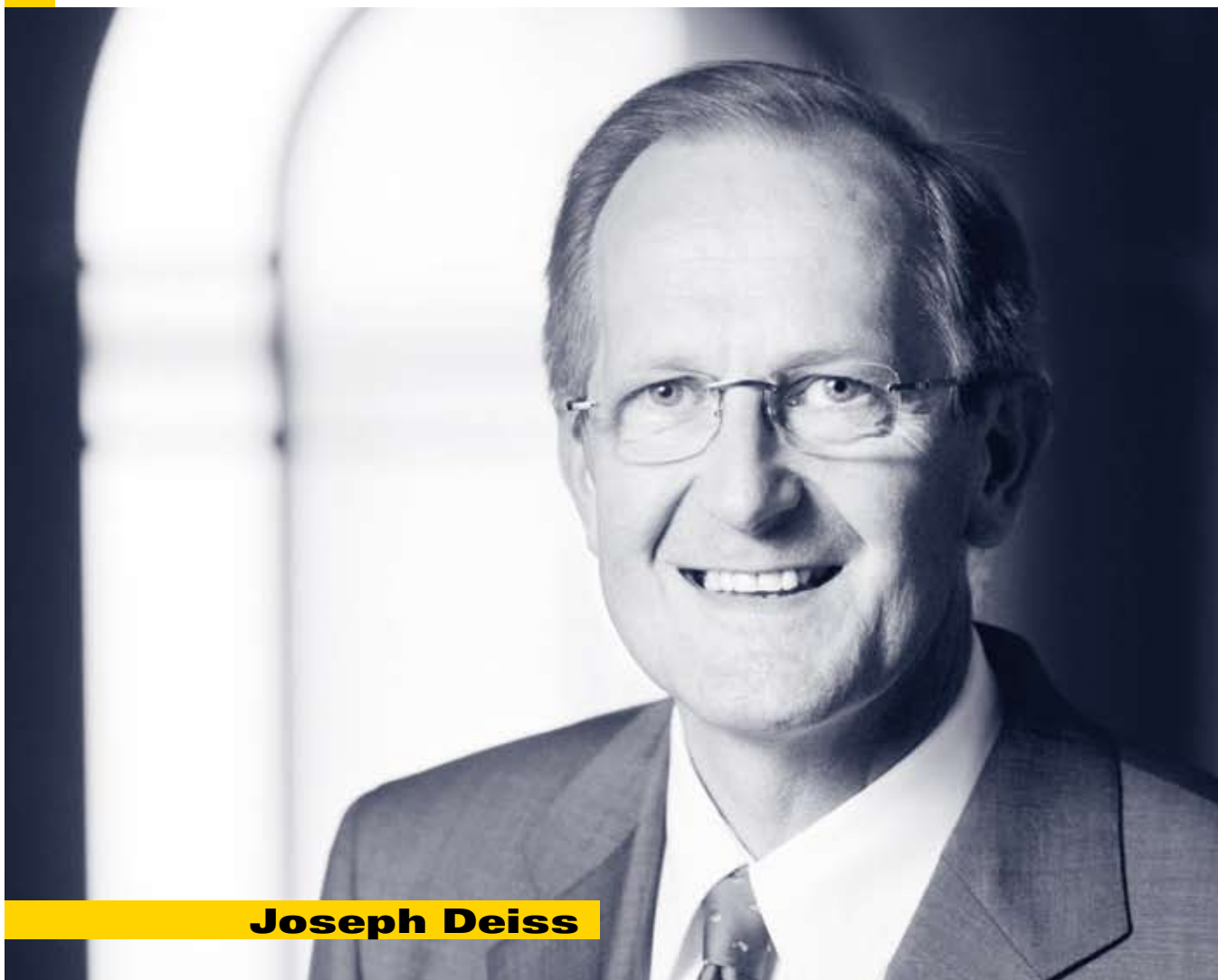
die Schweiz einmal mehr der EU an und festigt ihre EU-Passivmitgliedschaft, was wir begrüssen.

Unabhängig vom Referendum über die Personenfreizügigkeit muss sich die Schweiz aber auch Gedanken über den eingeschlagenen Weg machen. Wer behauptet, die Schweiz bewahre mit dem bilateralen Weg ihre Souveränität, gibt sich einer Illusion hin und verkennt die Realitäten. Täglich schafft die EU neue Gesetze, Verordnungen und Richtlinien, von denen auch die Schweiz betroffen ist und die sie teilweise in ihre Rechtssetzung übernehmen muss, bei deren Gestaltung sie jedoch kein Mitspracherecht hat. Aus staatspolitischer Sicht mag der sogenannte «autonome» Nachvollzug von EU-Recht fragwürdig sein, aus wirtschaftlicher Sicht ist er notwendig, da die EU der grösste Handelspartner der Schweiz ist. Die scheinbare Souveränität der Schweiz geht also ganz auf Kosten der demokratischen Partizipation, da die Schweiz nicht aktiv im EU-Parlament, in der Kommission und im Ministerrat an der Weiterentwicklung des EU-Rechts mitwirken kann.

Aber auch der bilaterale Weg selbst stösst an seine Grenzen. Die Aushandlung weiterer Abkommen wird zunehmend langwieriger und komplexer, der Spielraum der Schweiz immer kleiner, die Zustimmung aller einzelnen 27 EU-Mitglieder zunehmend ungewisser. Deshalb setzt sich die Nebs weiterhin für einen Beitritt der Schweiz zur EU ein. Denn nur als Aktivmitglied kann die Schweiz langfristig ihre Interessen wahren. ■

*Bulgarisch: «Ja zur Personenfreizügigkeit»





Joseph Deiss

(Bild: zvg)



4

«DER TAG DER WAHRHEIT WIRD KOMMEN»

Interview: Nicolas Rion und Isaac Zürcher

Als ehemaliger Aussenminister und «vorderster Mann» der Schweiz bei ihren ersten Schritten auf dem bilateralen Weg verfolgt Joseph Deiss die Schweizer Europapolitik noch immer sehr aufmerksam. In unserem Interview nimmt er Stellung zu zehn Jahren bilateralem Weg und dessen Zukunft und warnt vor den verheerenden Folgen einer Ablehnung der Personenfreizügigkeit. Gleichzeitig weist er auf die Gefahr der Isolierung unseres Landes hin und betont er die Grenzen des Bilateralismus. Schliesslich ermahnt er die Politik, sich ihrer Verantwortung für eine zukunftsgerichtete Europapolitik zu stellen.

europa.ch: *Von Ende 1999 bis Anfang 2003 standen Sie als Bundesrat dem EDA vor und erlebten so die Anfänge des bilateralen Wegs aus nächster Nähe mit. Hätten Sie sich damals eine Entwicklung, wie sie bis heute eingetreten ist, vorstellen können?*

Joseph Deiss: Die bisher abgeschlossenen 20 Abkommen, die durch etliche Sekundärabkommen ergänzt wurden, sind ein eindruckliches Resultat! Die Schweiz ist nicht Mitglied der EU, was eigentlich für ein Land, das geografisch, historisch, kulturell und wirtschaftlich im Herzen Europas

liegt, die logische Konsequenz wäre. Die sektoriellen bilateralen Abkommen erlauben es der Schweiz aber, nicht abgehängt zu werden. Aus wirtschaftlicher Sicht sind die Bilateralen schlicht unentbehrlich – die EU ist mit Abstand unser wichtigster wirtschaftlicher Partner.

Nach 10 Jahren Bilateralen: Welche Bilanz ziehen Sie?

Deiss: Das Ziel der Bilateralen aus wirtschaftlicher Sicht ist es, die Schweiz möglichst nah an den europäischen Binnenmarkt heranzuführen. Dies konnte zu einem guten Teil erreicht werden. Es ist völlig klar, dass dies einen entscheidenden Beitrag zum Wachstum der Schweizer Wirtschaft in den letzten Jahren geleistet hat. Die 90er-Jahre waren zuvor vor allem durch wirtschaftliche Stagnation geprägt. Der bilaterale Weg ist aber insofern schwierig, als die Verträge und die Instrumente ihrer Umsetzung laufend angepasst werden müssen.

Wie sehen Sie die Zukunft des bilateralen Wegs?

Deiss: Der bilaterale Weg ist bis anhin als Erfolg zu werten und hat eine unverhoffte Entwicklung durchgemacht. Diese Entwicklung ist im Interesse beider Parteien, was auch gerade gegenüber Brüssel immer wieder betont werden muss. Das bisher Erreichte muss unbedingt gefestigt und konsequent weiterentwickelt werden. Der Tag der Wahrheit wird aber kommen – die Frage nach den Grenzen dieses Wegs wird sich für beide Parteien unvermeidlich stellen.

Die Schweiz bereitet sich gegenwärtig auf den Beitritt zu Schengen vor. Dieser wird dazu führen, dass die Schweiz in diesem Bereich stärker integriert ist als gewisse Mitgliedsstaaten wie Irland oder Grossbritannien. Wie beurteilen Sie angesichts dieser Situation den Status der Schweiz gegenüber der EU?

«Les absents ont toujours tort.»

Bereits in seiner Abschiedsrede als Bundesrat betonte Joseph Deiss 2006, dass eine EU-Mitgliedschaft der Schweiz im Endeffekt unumgänglich ist. Die Schweiz müsse beginnen, ihren Hang zur Provinzialität und ihre Selbstbezogenheit zu überwinden. Auch wenn die Schweiz bis anhin die grossen Veränderungen in der Geschichte immer zu bewältigen vermochte, so habe sie dies meist mit Verspätung getan. Die Geschichte bestrafe die Nachzügler. Auch hier gelte: «Les absents ont toujours tort.»

Die Schweizer Europapolitik ist ihm ein wichtiges Anliegen. Nach seinem Rücktritt sagte er, dass er als alt Bundesrat zu gewissen Themen nicht werde schweigen können: «Wenn der EU-Beitritt der Schweiz ein Thema wird, werde ich mich sicher einbringen.» (iz)

Deiss: Man darf sich nicht täuschen lassen. Die EU kann und will einem Nicht-Mitgliedstaat nicht die gleichen, geschweige denn die besseren Konditionen bieten als ihren Mitgliedern. Diese schmerzliche Erfahrung musste die Schweiz wegen des fehlenden Abkommens über den Dienstleistungssektor machen. Dies in einer Zeit, da der Tertiärsektor drei Viertel unseres BIP generiert. Unsere aktuelle Situation kann sicher nicht mehr als ein «second best» sein. Hinzu kommt, dass wir einen grossen Verlust an Souveränität hinnehmen müssen. In vielen Bereichen bleibt uns nichts anderes übrig, als die Entscheide Brüssels zu übernehmen.

Ihr ehemaliger Staatssekretär, Franz von Däniken, hat in der NZZ am Sonntag kürzlich festgehalten, dass eine Aussenpolitik, die auf Einflussnahme im Ausland ausgerichtet ist, aber auf die Mitgliedschaft und somit die Mitsprache in der EU verzichtet, illusorisch ist. Teilen Sie diese Ansicht?

Deiss: In wirtschaftlicher Hinsicht ist die Schweiz eine mittlere Macht. Sie kann über verschiedene Kanäle Einfluss nehmen, so beispielweise in der WTO. Auf der anderen Seite ist sie in der internationalen Politik von nur marginaler Bedeutung. Es stellt sich hier die Frage, ob der Alleingang sinnvoll ist oder ob man als Mitglied der EU mehr Einfluss hätte. Hinzu kommt, dass in einer globalisierten Wirtschaft, ob wir es nun wollen oder nicht,

die Probleme nicht mehr nur individuell und auf nationaler Ebene gelöst werden können.

«Unsere aktuelle Situation kann nicht mehr als ein <second best> sein»

die Probleme nicht mehr nur individuell und auf nationaler Ebene gelöst werden können.

In seinem Europabericht von 2006 hat der Bundesrat drei Kriterien festgelegt, die erfüllt sein müssen, damit der bilaterale Weg weiterhin der optimale europapolitische Ansatz sein kann. Sind diese Kriterien aus Ihrer Sicht heute noch erfüllt?

Deiss: Solange eine EU-Mitgliedschaft weder in der Bevölkerung noch bei vielen politischen und wirtschaftlichen Kräften ausreichende Unterstützung genießt, liegt es im vitalen Interesse der Schweiz, über eine solide Basis an Abkommen mit der EU zu verfügen. Dies nicht zu tun, würde unseren eigenen Interessen fundamental zuwiderlaufen. Das heisst aber nicht, dass man seine grundsätzlichen Überzeugungen und Ziele aufgeben muss.

Ab wann, respektive in welcher Situation, wären diese Kriterien nicht mehr in ausreichender Weise erfüllt?

Deiss: Dies scheint mir dann erfüllt zu sein, wenn die EU nicht mehr zu Verhandlungen bereit ist und der Schweiz im Vergleich zu anderen Drittstaaten nicht mehr eine Sonderbehandlung zugestehen will. Es kann gar nicht genug betont werden: Unsere guten Beziehungen zur EU hängen nicht nur von uns ab. Sie sind primär vom guten Willen und von den Interessen unseres Gegenübers abhängig.



Jeder Weg führt zu irgendeinem Ziel. Wohin führt uns Ihrer Meinung nach der bilaterale Weg?

Deiss: Er verhindert eine Isolierung, die katastrophal wäre. Damit erfüllt er für mich seine Funktion. Man kann hingegen nicht erwarten, dass eine Lösung «zweiter Klasse» den gleichen Nutzen wie die bestmögliche Option, die Mitgliedschaft, bringt.

Unter anderen vertritt der Genfer Politologe René Schwok die Meinung, dass die Schweiz, je mehr sie sich der EU de facto (via Bilaterale) annähert, sich vom Beitritt umso weiter entfernt. Teilen Sie diese Ansicht?

Deiss: Diese These kann ein originelles Gedankenspiel sein – ich teile aber diese Einschätzung nicht. Persönlich ziehe ich eine Lebensweisheit vor, die sich schon häufig bestätigt hat: «Wer sich nicht annähert, entfernt sich!»

Manche spekulieren über die möglichen Konsequenzen einer Ablehnung der Personenfreizügigkeit. Was wären aus Ihrer Sicht die Folgen?

Deiss: Die Personenfreizügigkeit der Arbeitnehmer ist aus heutiger Sicht ohne Zweifel der Hauptgrund für das erneute Wirtschaftswachstum in der Schweiz. Auch die SVP hat dies begriffen und deswegen auf die Unterstützung des Referendums verzichtet. Die Ablehnung der Personenfreizügigkeit käme einem Selbstmord gleich. Dazu gibt es – ausser aus zutiefst egoistischen, politischen Motiven – auch keine Gründe.

Was möchten Sie jenen Pro-Europäern sagen, die noch zögern, der Personenfreizügigkeit an der Urne zuzustimmen?

Deiss: Die Herbeiführung des Worst Case, um damit eventuell das eigene Ziel schneller zu erreichen, ist immer ein Spiel mit dem Feuer. Man kann Pro-Europäer sein und gleichzeitig für die legitimen Interessen seines Landes einstehen.

Warum ist gerade die Personenfreizügigkeit mit Blick auf die europäische Integration der Schweiz so wichtig?

Deiss: Zuallererst, weil uns wichtige Arbeitskräfte fehlen, die für Wachstum und gutes Funktionieren unserer Wirtschaft zentral sind. Rufen wir uns in Erinnerung: Unsere Wirtschaft besteht zu 75% aus dem Tertiärsektor und ist somit von Arbeit abhängig. Weiter hat sie bis jetzt keine grösseren Probleme bereitet. Und schliesslich, weil sie der beste Beweis dafür ist, dass wir im Wettbewerb und in der Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn und Freunden nichts zu befürchten haben.

Welche Schritte müssen in der Schweiz punkto europäischer Integration in den nächsten Jahren eingeleitet werden?

Deiss: Im Bereich der Regulierungen muss unbedingt etwas geschehen. Dies betrifft vor allem die Finanzdienstleistungen im Speziellen sowie die Dienstleistungen im Allgemeinen. Dort sind Fortschritte wichtig. In einer globalisierten Wirtschaft ist der nationale Alleingang nicht mehr möglich. Der erste Schritt ist darum die entsprechende Zusammenarbeit mit der EU, die ja 80% unserer aussenwirtschaftlichen Beziehungen ausmacht.

Denken Sie, dass die weltweite Finanzkrise einen – positiven oder negativen – Einfluss auf die Schweizer Europapolitik haben wird?

Deiss: Sie zeigt die Notwendigkeit auf, viele Dinge noch vermehrt auf internationaler Ebene zu regeln. Das Einfachste ist, mit jenen zusammenzuarbeiten, die uns politisch und wirtschaftlich am nächsten stehen.

Sie haben Ihre Überzeugungen nie verhehlt. Was halten Sie von den zahlreichen Politikern, die – wie sie in privatem Rahmen oft zugeben – die Problematik der Situation und die Notwendigkeit zum Handeln erkennen, sich aber nicht exponieren wollen? Können Sie ihnen einen Ratschlag geben?

Deiss: Solange die Antwort auf die entscheidende Frage lautet: «Ich bin für den Beitritt, wenn das Volk dafür ist», nimmt die Politik ihre Rolle nicht wahr. Kein echter Demokrat will natür-

lich entgegen dem Volkswillen handeln. Aber die Aufgabe eines verantwortungsvollen Politikers oder einer verantwortungsvollen Politikerin ist es nicht, sich hinter der Mehrheit zu verstecken. Sie müssen vorangehen, Führung übernehmen und klare Ansichten vertreten, und dabei die Risiken, die dies mit sich bringt, in Kauf nehmen. ■

«Die Ablehnung der Personenfreizügigkeit käme einem Selbstmord gleich»

Zur Person

Alt National- und Bundesrat Joseph Deiss, Jahrgang 1946, war als Vertreter der CVP von 1999–2006 Mitglied der Regierung. Dort war er zuerst Aussenminister und übernahm danach 2003 das Volkswirtschaftsdepartement. Vor seiner Zeit als Bundesrat war er unter anderem ordentlicher Professor für Volkswirtschaftslehre und Wirtschaftspolitik und Dekan der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät an der Universität Fribourg. Heute hat er dort wieder einen Lehrauftrag.



SALAMITAKTIK ODER KATASTROPHENSZENARIO?

Von Nicolas Rion und Ronald Abegglen

Es ist nun zehn Jahre her, seit die Schweiz den «bilateralen Weg» eingeschlagen hat. Ebenso lange ist das proeuropäische Lager gespalten: Die einen unterstützen die Bilateralen aus pragmatischen Gründen, die anderen betrachten sie im Hinblick auf eine EU-Mitgliedschaft der Schweiz als Hindernis. Weniger als drei Monate vor der Abstimmung über die Personenfreizügigkeit möchten sich die Generalsekretäre der Nebs an jene Pro-Europäer wenden, die am 8. Februar 2009 in Betracht ziehen, Nein zu stimmen.

1. *«Ein Nein zur Personenfreizügigkeit wird die Schweizerinnen und Schweizer endlich aufrütteln und ihnen die Augen für die Realität öffnen. Im Falle eines Neins wäre die EU-Mitgliedschaft unausweichlich.»*

Es ist völlig klar: Ein Nein zur Personenfreizügigkeit am 8. Februar 2009 hätte verheerende Konsequenzen. Das Abkommen wäre gekündigt, und mit ihm würden aufgrund der Guillotine-Klausel alle anderen Abkommen der Bilateralen I hinfällig. Damit würde die EU-Mitgliedschaft zur einzigen Option. Die Schweiz sähe sich aber vor grosse Probleme gestellt. Die EU-Mitgliedschaft wäre kaum innerhalb einer vernünftigen Frist, geschweige denn zu vorteilhaften Bedingungen für die Schweiz zu realisieren. Nicht zu unterschätzen ist die Hürde der Volksabstimmung: Es ist illusorisch, anzunehmen, dass die Schweizer Stimmbevölkerung nach der Ablehnung der Personenfreizügigkeit dem ungleich grösseren Schritt zur EU-Mitgliedschaft zustimmen würde. Und auch wenn ein schneller Beitritt möglich sein sollte, so wäre die Schweizer Wirtschaft trotzdem für mehrere Monate von jenem Markt abgeschnitten, in dem sie zwei Drittel ihres Umsatzes generiert. Das hätte für das Wachstum und die Beschäftigung katastrophale Konsequenzen. Eine solche (Krisen-)Situation bildet sicher nicht die optimale Ausgangslage für die EU-Mitgliedschaft.

2. *«Der vom Bundesrat gewählte bilaterale Ansatz birgt offensichtliche Risiken in sich, namentlich ein Nein in einer Volksabstimmung. Das sind die bilateralen Spielregeln. Die Nebs hat diese risikoreiche Lösung nicht gewählt. Daher trägt sie auch nicht die Verantwortung für den Erfolg und die Zukunft der Bilateralen.»*

Das trifft zu: Es ist nicht das Ziel oder die Aufgabe der Nebs, dem bilateralen Weg innenpolitisch zum Erfolg zu verhelfen. Grundsätzlich kann sie bei bilateralen Referendumsabstimmungen die Nein-Parole herausgeben oder sich nicht dazu äussern. Das aktuelle Beispiel der SVP zeigt aber, dass man sich ohne Positionsbezug marginalisiert. Eine Nein-Parole stellt ein noch grösseres Risiko dar. Die Erfahrung zeigt, dass ein differenziertes Nein schwierig zu erklären ist: Das «konstruktive Nein» der französischen Linken zur europäischen Verfassung hat nicht zu einem «neuen Europa» geführt. Nein zu sagen, heisst mit dem Feuer spielen, ohne einen

Feuerlöscher bereit zu haben. Zudem würden wir aus fragwürdigen taktischen Motiven unsere europäischen Ideale opfern.

3. *«Indem sie weder zum Boykott aufruft noch eine Nein-Parole beschliesst, macht sich die Nebs freiwillig zum «nützlichen Idioten» der Bilateralisten. Sie trägt dazu bei, die Lebensdauer des bilateralen Weges zu verlängern, ohne dass sie irgendeine Gegenleistung erhalten würde. Die Diskussion über die EU-Mitgliedschaft der Schweiz wird so auf Jahre hinaus verschoben.»*

Ohne Unterstützung der Pro-Europäer ist in der Schweiz keine Europapolitik möglich. Das belegen die VOX-Umfragen, die nach bilateralen Abstimmungen durchgeführt wurden. Auch die Verantwortlichen der Kampagne zur Personenfreizügigkeit sind sich dessen bewusst. Die Unterstützung der bilateralen Koalition bedeutet indessen keinen Verzicht auf die Option der EU-Mitgliedschaft. Zu beachten ist weiter, dass mit jeder gewonnenen bilateralen Abstimmung eines oder mehrere Argumente gegen die EU-Mitgliedschaft aus der Welt geschafft werden können: Die Praxis hat gezeigt, dass die Personenfreizügigkeit nicht zu Lohndumping und Masseneinwanderungen ausländischer Arbeitskräfte führt. Auf diesem Weg kommen wir unserem Ziel Stück für Stück näher. Die Zeit und der bilaterale Weg arbeiten für uns!

Fazit

Es ist im klaren Interesse der Pro-Europäer und ihres Sprachrohrs, der Nebs, die aktuelle Salamtaktik in der Europapolitik einer destruktiven Politik mit verheerenden Konsequenzen vorzuziehen. ■

Mobilisierung der Pro-Europäer

Die Kampagne der Nebs will diejenigen Bürgerinnen und Bürger, die eine EU-Mitgliedschaft der Schweiz befürworten, dazu motivieren, am 8. Februar 2009 ein Ja in die Urne zu legen.

►► Weitere Informationen unter www.europa.ch



EINE WINDIGE VERLEUMDUNG

«DIE EU VERBIETET SEXY BILDER IN DER WERBUNG»

«Naomi Campbell in schwarzer Unterwäsche. Nichts Aussergewöhnliches, könnte man meinen. Doch das EU-Parlament will genau das verbieten. Denn Naomi wirbt nicht etwa für sexy Lingerie – sondern für ein Waschmittel. Das soll in Zukunft nicht mehr möglich sein. Die Europaparlamentarier haben diese Woche entschieden: Werbung, die Geschlechterklischees zementiert, ist diskriminierend und sexistisch. Und ist deshalb zu verbieten. Kommt das Verbot wirklich, wird sich die Werbelandschaft komplett verändern. Nicht nur der nackte Busen, der für eine Radio-Station wirbt, ist dann Geschichte. Auch eine züchtig bekleidete Hausfrau darf dann nicht mehr für einen Staubsauger werben. (...) Auch der halbnackte Bauarbeiter darf dann nicht mehr für Cola Light werben. (...) Vielleicht pfeift die EU-Kommission die Moralapostel vom Parlament noch zurück. Wäre doch schade um den nackten Busen und das Six-Pack des Bauarbeiters.»

BLICK, 6. September 2008



1. Die tieferschürfende europapolitische Analyse war der Redaktion des BLICK ein willkommener Anlass, ein übergrosses Foto eines nackten Frauenbusens zu veröffentlichen, dessen erigierter Nippel in Nachahmung eines Pick-up auf einem Schallplattenteller aufliegt – offenbar eine Werbebotschaft für eine nicht weiter identifizierte Radiostation. Und als Zugabe ein durchaus harmloses Bildchen des langbeinigen Modells Naomi Campbell in absolut züchtiger schwarzer Unterwäsche.
2. Damit wir uns richtig verstehen: Soll doch der BLICK zeigen, was er für attraktiv und ästhetisch hält – wen kümmerts? Aber warum braucht er dazu den Vorwand einer windigen, unprofessionellen und unjournalistischen Verleumdung der Europäischen Union? Warum muss er sich zur Befriedigung offenbar vermuteter voyeuristischer Bedürfnisse seiner Leser auch gleich einen neuen, frei erfundenen «Euromythos» aus den Fingern saugen, der wie alle seine Vorgänger das Ziel hat, bei einem unkritischen Lesepublikum «die Eurokraten in Brüssel» als weltfremde Deppen darzustellen?
3. Was ist wirklich geschehen? Am 3. September hat das Europäische Parlament eine «Entschliessung» zu den «Auswirkungen von Marketing und Werbung auf die Gleichstellung von Frauen und Männern» mit grosser Mehrheit angenommen. Der Entwurf dazu war vom parlamentarischen «Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter» erarbeitet worden. Dieser Entwurf ist im Zuge der parlamentarischen Behandlung nicht unwesentlich abgeändert worden, und zwar im Sinne einer gewissen Abschwächung der Postulate. Doch weder im ursprünglichen Entwurf noch im verabschiedeten Dokument wird auch nur andeutungsweise ein Verbot irgendwelcher Fotos oder anderer Werbebotschaften gefordert.
4. Die «Entschliessung» erinnert vielmehr die EU-Institutionen und die Mitgliedstaaten an früher eingegangene Verpflichtungen, eine aktive Gleichstellungspolitik zu betreiben, hebt die unbestreitbare Tatsache hervor, dass eine Überflutung mit geschlechtsstereotypen Medienbotschaften von Kindsbeinen an mithilft, in den heranwachsenden Generationen das Rollendenken zu zementieren, regt eine vermehrte Erforschung dieser soziologischen Zusammenhänge an und fordert aktive Massnahmen. Das ursprüngliche Postulat, jeder Mitgliedstaat solle «Medienüberwachungsgremien» einrichten, wurde im Beschlusstext ersatzlos gestrichen.
5. Mit anderen Worten: Die gewählten Volksvertreter der EU haben relativ schüchtern und ohne die geringste Rechtsverbindlichkeit kurz mit dem Mahnfingerchen gewackelt. Aus dieser Geste konstruierte der BLICK, der offenbar zu faul war, die Originaldokumente zu lesen, mit freier Fantasie eine rigorose puritanische Verbotswelle in der EU. Und wie die Leserbriefe in der darauffolgenden Ausgabe beweisen, folgten die nicht informierten Anti-EU-Leser dieser Vorgabe mit Inbrunst. Das EU-feindliche Ziel wurde wieder einmal erreicht; und die journalistischen Standards gerieten wieder einmal unter die Räder. (sp)

DER VERTRAG VON LISSABON – IRISCHE AUSGABE

Von Jason O'Mahony, Übersetzung und Bearbeitung: Benno Straumann

Der Lissabonner Vertrag ist für viele EU-Bürger nicht wirklich greifbar. Falsche Vorstellungen und Ängste führen häufig zu Vorurteilen. Dies war auch in Irland der Fall, was mit zur Ablehnung des Vertrages führte. Dieses Ereignis weckt Erinnerungen an die Volksabstimmungen in Frankreich und Holland, wo der Verfassungsvertrag der EU abgelehnt wurde. Der Vertrag von Lissabon ist zwar alles andere als perfekt, es gilt jedoch, die Relationen etwas zurechtzurücken und einen positiveren Blick zu wagen. Jason O'Mahony versucht genau dies in seinem Artikel – auf leichtfüßige Art und Weise. Hier präsentieren wir einen Auszug daraus.

Es gibt anständige, gut informierte Leute, die sich für brennende Zeitfragen interessieren. Doch sie würden sich eher den Arm ausreißen, als etwas über den EU-Vertrag zu lesen. Das ist o.k., das zeigt, dass du ein normaler Mensch bist. Es ist knochentrockenes Zeug. Kompliziert? Allerdings. Es ist das Telefonbuch und die Videoinstallationsanleitung in einem.

Der Vertrag ist langweilig. Aber was hast du erwartet? Es ist ein Vertrag. Hat je ein Kind ein Weihnachtsgeschenk aufgerissen und gerufen: «Oh, der Versailler Vertrag! Wirklich! Ich aktiviere sogleich den stabilitätszerstörenden Reparationszahlungsmechanismus gegen Deutschland!»

Der Vertrag ist geschwollen. Was erwartest du, wenn 27 Regierungen zusammensitzen und abmachen, in erzpingletem Detail, wie man einen Kontinent gestaltet.

Die Leute finden die EU kompliziert. Ist sie auch, weil das Leben kompliziert ist. Ich weiss nicht, wie ein iPod funktioniert, oder der Luftverkehr, oder meine Mikrowelle, aber ich benutze sie. Die EU ist kompliziert, weil sie 490 Millionen Menschen umfasst, mit verschiedenen Sprachen, Kulturen und Meinungen. Das macht sie kompliziert. Sie versucht, alles einzubeziehen, von irischen Ansichten zur Abtreibung über dänische Ansichten zu Ferienhäusern bis hin zu österreichischen Ansichten zu AKWs. Mal wurde die Diskussion geführt, ob die EU die Rechte der Tiere im Weltraum schützen solle (kein Witz!). Lächerlich? Möglich. Demokratisch? Allerdings.

Wir haben einen Vertrag so dick wie ein Telefonbuch, weil unsere Ansichten und Meinungen eines füllen würden. Wir reden und reden und reden in Europa. Das ist lästig, ich gebe es zu. Aber bitte: Früher haben wir nicht so viel geredet. 1870. 1914. 1939. Damals sprachen wir kaum ein Wort miteinander. War das besser?

Ich glaube an den europäischen Weg, Probleme zu lösen. Er ist lang und mühselig, aber er führt zum Ziel. Ist er (der Vertrag von Lissabon) perfekt? Nein, überhaupt nicht. Aber er führt uns ein Stück weiter auf dem Weg, und das ist etwas.

Europa ist nicht einfach. Es durchdringt das Alltagsleben. Und wie die Wasserversorgung ist es selbstverständlich, bis der Hahn trocken ist. Es ist langweilig, aber es funktioniert.



Der Vertrag von Lissabon erlitt an den irischen Klippen (vorläufigen?) Schiffbruch. (Bild: wikicommons)

Stell dir eine Zeitreise vor. Du erscheinst vor KZ-Häftlingen in Auschwitz oder Bergen-Belsen. Du erzählst ihnen von einem Europa im Frieden, demokratisch von Tallinn im Baltikum bis Galway in Westirland, mit einer einzigen Währung und einem gewählten Parlament und der Garantie, dass ein Pole in Deutschland oder ein Deutscher in Malta oder ein Malteser in Schweden aufstehen und sagen kann: «Ich bin EU-Bürger, und ich will gleichbehandelt werden.»

Ein Europa, in dem französische und deutsche Truppen sich die Waffen teilen und die demokratisch und frei gewählten Minister zusammen am Kabinettstisch sitzen.

Den Lagerhäftlingen würde dies wie ein schönes Märchen erscheinen. Doch heute nennen es 490 Millionen Menschen Heimat. ■

Mit irischem Humor für ein Ja

Jason O'Mahony ist Mitglied der Europäischen Bewegung Irland und kandidierte auch schon für die Progressive Democrats in Irland. Hauptberuflich ist er im Baugewerbe tätig. Dies ist sein humorvoller Beitrag zur irischen Debatte über den Vertrag von Lissabon.



NORWEGISCHE «FAXDEMOKRATIE»

Von Rebekka Borsch, Europabewegung Norwegen

8000 ist die aktuelle Zahl, die Norwegens Verhältnis zur EU illustriert. Bei 8000 liegt zurzeit die Anzahl der EU-Richtlinien, -Rechtsakte und -Verordnungen, die das Königreich Norwegen – nicht Mitglied der EU – in seine nationale Gesetzgebung implementiert hat. Die Zahl steigt kontinuierlich, und der Souveränitätsverlust der skandinavischen Nation wird stetig grösser, ohne dass der Grossteil der Norweger davon Notiz nimmt. Denn die meisten norwegischen Politiker schweigen sich über diese eher spezielle Art der europäischen Integration konsequent aus.

Im kommenden Jahr ist es 15 Jahre her, dass Norwegen in einer Volksabstimmung Nein zur Mitgliedschaft in der Europäischen Union sagte und stattdessen dem EWR-Abkommen beitrug. Seitdem hat sich das Land Jahr für Jahr mehr dem Gemeinschaftsrecht der EU angepasst, teils genötigt durch das EWR-Abkommen, teils – und das ist das eigentlich Erstaunliche – höchst freiwillig. Welche neuen Formen der Zusammenarbeit die EU-Länder in den vergangenen Jahren auch immer eingingen, Norwegen hat fast jedes Mal um Teilnahme: sei es das Schengen-Abkommen, die gemeinsame Grenzkontrolle an der EU-Aussengrenze, die Zusammenarbeit im Bereich Justiz und Kriminalitätsbekämpfung, Regionalpolitik, Umweltschutz oder der Aufbau gemeinschaftlicher militärischer Einsatztruppen. Norwegen ist zudem Mitglied in elf EU-Agenturen und nimmt an 30 EU-Programmen teil – von Ausbildung über Gleichstellungspolitik und Internet-Sicherheit bis hin zu Forschung und Kultur. Unter dem Strich gesehen, ist das Nicht-Mitglied Norwegen mittlerweile mehr in die EU integriert als das Mitglied Grossbritannien. Der Grund dafür ist so einfach wie logisch: Es ist im Interesse Norwegens, so eng wie möglich mit den EU-Ländern zusammenzuarbeiten. Die Alternative wären Isolation und verpasste Möglichkeiten zur Mitgestaltung der Zukunft Europas.

Trotzdem ist die Anpassung an die EU ein gut gehütetes Geheimnis. Nach aussen ist die norwegische Gesellschaft, der Schweiz nicht unähnlich, darauf bedacht, ihre nationalstaatliche Souveränität zu wahren. Das Klischee vom unabhängigen «Anders-Land», das demokratischer, sauberer und friedlicher ist als der Rest Europas, wird im reichen Norwegen gehegt und gepflegt. Der Abstand zur EU wird demonstrativ gewahrt. Dabei ist sich kaum ein Norweger darüber im Klaren, in welchem enormen Umfang Norwegen mit der EU verhandelt ist.

«Die Gegner der EU-Mitgliedschaft haben die Volksabstimmung 1994 gewonnen, aber seitdem jeden Tag verloren. Alle norwegischen Regierungen seit 1994 haben Norwegen näher an die EU herangeführt», kritisiert Professor Erik Oddvar Eriksen vom Europa-Forschungsinstitut ARENA die Situation. Und kaum ein Politiker will sich die Finger da-

ran verbrennen, dem Volk die Notwendigkeit der durchgreifenden Anpassungen zu erläutern. Denn die Mehrheit der Norweger ist weiterhin gegen einen Beitritt zur EU, zurzeit sind es 54,4 Prozent. Gleichzeitig stützt eine Mehrheit das EWR-Abkommen: 57,7 Prozent der Bevölkerung wären für eine Weiterführung des EWR-Abkommens, falls sie darüber abstimmen müssten, nur 23,1 Prozent würden dagegen stimmen. Anders gesagt: Norwegen sagt sowohl Ja als auch Nein zur Anknüpfung an die EU. Ja zur ökonomischen Mitgliedschaft – denn nichts anderes ist das EWR-Abkommen – und Nein zur politischen Mitgliedschaft und damit zum Mitentscheidungsrecht in Europa.

Die Vorteile des EWR liegen auf der Hand: Das Abkommen garantiert freien Zugang zum europäischen Binnenmarkt, gleichzeitig darf Norwegen weiter seine Bauern gegen ausländische Konkurrenz abschotten und die Kontrolle über die Fischerei behalten (beide Sektoren sind vom EWR ausgenommen). Gleichberechtigter Akteur im Binnenmarkt zu sein, ist von entscheidender Bedeutung für die norwegische Wirtschaft: Mehr als 70 Prozent des Exportes gehen in EU-Länder, und mehr als 80 Prozent des Importes kommen von dort. Der EWR sorgt zudem für Rechtssicherheit, Zollfreiheit und Schutz gegen Dumping-Anklagen.

Das EWR-Abkommen ist dynamisch. Das bedeutet, dass das Abkommen nicht, wie es bei bilateralen Abkommen meist der Fall ist, ständig neu verhandelt werden muss. Der EWR wird automatisch erweitert, sobald die EU neue Rechtsakte zu relevanten Gesetzgebungsbereichen beschliesst. Dies führt zu grösserer Flexibilität, verglichen mit den bilateralen Abkommen der Schweiz. Gravierender Nachteil dieser Regelung ist, dass Norwegen ständig neue Gesetze aus Brüssel implementiert und so gut wie kein Mitspracherecht besitzt. Zwar besitzt Norwegen formell die Möglichkeit des «Vetorechtes» gegen einzelne Gesetze oder Richtlinien, ebenso wie Liechtenstein und Island. Dieses ist in der Praxis aber noch nie genutzt worden, denn in diesem Fall müssten die EWR-Länder mit Gegenmassnahmen der EU rechnen, eventuell könnte sogar das gesamte Abkommen auf dem Spiel stehen.

Um den Anschein des im Verhältnis zur EU souveränen Staates zu wahren, bleibt Norwegen daher nichts anderes





Norwegen und die EU – trotz Nicht-Mitgliedschaft eng verbunden (Grafik: European Movement Norway)

übrig, als Diplomaten, Politiker und Bürokraten nach Brüssel zu schicken. Diese versuchen, zu Beginn politischer Entscheidungsprozesse ein wenig Einfluss zu nehmen oder wenigstens Gehör für norwegische Vorstellungen zu finden. In Brüssel wimmelt es geradezu von norwegischen Firmen, Bürokraten, Organisationen, Stadt- und Regionsvertretungen und anderen Lobbyisten. Nur gewählte Volksvertreter aus Norwegen, die sucht man in Brüssel vergeblich. «Das EWR-Abkommen ist eine konstitutionelle Katastrophe», urteilt der norwegische Jurist und Professor Eivind Smith über diese Entwicklung. Auch einzelne Politiker trauen sich, Kritik am Abkommen zu äussern: «Das EWR-Abkommen macht uns zu einer Art Lobby-Nation», kommentierte Norwegens Aussenminister Jonas Gahr Støre im April vor dem Parlament.

Nach 15 Jahren EWR hat sich der Souveränitätsverlust zum handfesten demokratischen Problem entwickelt. Um nur zwei Beispiele zu nennen: Im Bereich der Umweltpolitik kommen mittlerweile 80–90 Prozent der norwegischen Gesetzgebung aus Brüssel. Und 73 Prozent aller politischen Beschlüsse auf lokalpolitischer Ebene sind beeinflusst von EU-Gesetzgebung, Richtlinien und andere Rechtsakte aus der EU werden vom Parlament zumeist stillschweigend durchgewunken. Der Europaausschuss im norwegischen Parlament erhält via Aussenministerium regelmässig Aktenstapel mit neuen Vorschriften aus Brüssel, die es dann in Minutenschnelle abnickt und somit zu norwegischem Gesetz macht. Sowohl EU-Gegner als auch -Befürworter haben das EWR-Abkommen als Problem erkannt und kritisieren dessen immanentes Demokratiedefizit. Die einen mit der Hoffnung, den EWR mit einem Freihandelsabkommen à la Schweiz einzutauschen, die anderen mit dem Ruf nach Mitgliedschaft in der EU.

Beide Rufe verhallen ungehört in Norwegens politischer Landschaft. Der schleichende Souveränitätsverlust setzt sich fort. Um ihn einzudämmen, müssten Norwegens Politiker anfangen, über das Problem zu sprechen. Doch die Parteien, sowohl im bürgerlich-konservativen als auch im sozialdemokratisch-sozialistischen Lager, sind in der EU-Frage so gespalten, dass eine Debatte unmöglich erscheint. Die seit drei Jahren regierende Mitte-links-Koalition hat in ihrer Regierungserklärung einen «Selbstmord-Paragrafen» verfasst, der besagt, dass sich die Regierung auflöst, sobald einer der Koalitionspartner die EU auf die Agenda setzt. Auch die vorherigen Regierungen verpassten sich diesen europapolitischen Maulkorb, um des lieben Friedens willen und um die Regierungsmacht nicht zu gefährden. Schlechte Aussichten also für eine offene Auseinandersetzung mit dem Thema EU im Königreich Norwegen, schlechte Aussichten auch für die verbliebene Souveränität. ■

Mit Zahlen und Fakten die «Faxedemokratie»

Rebekka Borsch ist Leiterin der Abteilung für Information und Pressearbeit der Europabewegung Norwegen in Oslo.

(Bild: zVg)



«WHERE THE F*** ARE WE?»

Von Sven Bisang und Marcel Bürkler, Leiter Challenge Europe



40 junge Schweizer zu Besuch in Europa (Bild: yes)



12

«Where the f*** are we?», fragte der norwegische EU-Kenner Paal Frisvold, als er von globalen Herausforderungen – die auch Nicht-Mitgliedstaaten wie die Schweiz und Norwegen betreffen – sprach, für welche die EU gemeinsame Lösungen sucht. Die Antwort auf seine Frage wurde den Teilnehmern während der Seminarwoche in Brüssel deutlich aufgezeigt: nicht dabei.

Bereits zum fünften Mal gelang es der young european swiss (yes) mit dem Projekt «Challenge Europe» interessierten jungen Schweizerinnen und Schweizern einen einmaligen Einblick in die Europäische Union und die Beziehungen Schweiz–EU zu bieten. Vierzig Schweizer Studenten aus allen Landesteilen stellten sich der Herausforderung

einer europapolitischen Debatte, wie sie in der Schweiz leider allzu selten geführt wird.

In den regionalen Einführungsseminaren in Lausanne, Luzern und Zürich informierten sich die Teilnehmer über die Beziehungen der Schweiz zur Europäischen Union. Hochkarätige Gäste aus Politik und Wissenschaft (mehrere National- und Ständeräte sowie Universitätsprofessoren) legten dabei ihre Sicht dar und beantworteten auch kritische Fragen. Abgeschlossen wurde diese Vorbereitungsphase am gemeinsamen Nationalen Seminar in Bern, an welchem der Leiter des Integrationsbüros, Botschafter Urs Bucher, die europapolitische Strategie des Bundes präsentierte.

Das Kernstück des Projekts war erneut die Reise nach Brüssel. Dabei hatten die Teilnehmer Gelegenheit, Vertreter verschiedener europäischer Institutionen kennenzulernen. Auf dem Programm standen Diskussionen mit Abgeordneten des Europäischen Parlamentes (Bilyana Raeva, Jo Leinen), Vertretern der Europäischen Kommission (Ulrich Trautmann, Sabine Zwaenepoel) und Philippe Ray, dem Pressesprecher der aktuellen französischen EU-Ratspräsidentschaft. Eine weitere interessante Sicht auf die EU eröffnete sich in den Gesprächen mit NZZ-Korrespondent Peter Winkler und Klaus Hullmann, vom Ausschuss der Regionen. Natürlich durfte auch ein Besuch im Sekretariat der Jungen Europäischen Föderalisten (JEF), der europäischen Mutterorganisation der yes, nicht fehlen. Einen

bleibenden Eindruck hinterliessen auch die aufschlussreichen Diskussionen mit Diplomaten der Schweizer Mission bei der EU. Botschafter de Watteville zeigte dabei eindrücklich die Möglichkeiten und Grenzen des Schweizer Verhandlungsspielraums als Nicht-Mitglied auf, und Botschaftsrat Mock beschloss den Aufenthalt in der Schweizer Mission mit einer inspirierenden Ansprache zur Bedeutung des europäischen Projekts.

Als Ergänzung zu den zahlreichen Diskussionen engagierten sich die Teilnehmer im Rahmen von Workshops auch in der Ausarbeitung von parlamentarischen Vorstössen zu europapolitischen Themen, und sie wurden dabei von Nationalrätin Tiana Moser (glp/zh) tatkräftig unterstützt. Praktisch anwenden konnten die Teilnehmer ihr Wissen ebenfalls im Euro-Quiz und in der Euro-Arena, in welcher eine Podiumsdiskussion zwischen Vertretern verschiedener Fraktionen des Europäischen Parlaments simuliert wurde. Schliesslich durften auch Ausgang und Freizeit nicht fehlen. Abwechslung garantierten der Besuch einer belgischen Bierbrauerei, die Auftritte in einer Brüsseler Karaoke-Bar oder ein Ausflug ins malerische Brügge.

Den Abschluss des Projekts bildete die Schlusskonferenz im Berner Politforum Käfigturm. Neben einer Präsentation der in Brüssel erarbeiteten parlamentarischen Initiativen stand am Morgen eine Visite des Bundeshauses und der Zuschauertribüne an. Nach der anschliessenden Übergabe der Vorstösse an die Nationalrätinnen Christa Markwalder (fdp/be) und Kathy Riklin



Paal Frisvold: «Where the f*** are we?» (Bild: zVg)

(cvp/zh) wartete ein letzter Höhepunkt auf die Teilnehmer: eine offene und engagierte Podiumsdiskussion mit Vertretern der vier grossen Schweizer Jungparteien zum zukünftigen Platz der Schweiz in Europa.

Die Erfahrungen im Rahmen des Projekts zeigten, wie eingangs erwähnt, vor allem eines: Die Schweiz ist äusserst eng mit der EU verknüpft und von europäischen Entwicklungen betroffen, ohne aber ihr legitimes Mitspracherecht wahrzunehmen. Die EU hat unbestritten ein demokratisches Defizit, das Gleiche gilt aber auch für den bilateralen Weg. Festzuhalten bleibt: Das Projekt «Europa» bietet der Schweizer Jugend grenzenlose Möglichkeiten, und eine vertiefte Auseinandersetzung mit der Zukunft Europas lohnt sich auf jeden Fall. ■

i2010: Mit dem Schlagwort «i2010» (i für Informationsgesellschaft, 2010 für die zeitliche Zielsetzung) ist eine 2005 beschlossene EU-Initiative gemeint, die einen strategischen Rahmen für die Schaffung eines einheitlichen europäischen Informationsraums festlegt. Sie umfasst Massnahmen zur Förderung von Innovation und Investitionen im Bereich der Forschung über die Informations- und Kommunikationstechnologien und hat eine integrative europäische Informationsgesellschaft zum Ziel, die bessere öffentliche Dienste und die Lebensqualität der Bürger in den Vordergrund stellt. (sp)

Länd|liche Ent|wick|lung: Eine kohärente Politik zur Entwicklung des ländlichen Raums gilt als die zweite Säule der umfassenden Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU. Dazu gibt es strategische Leitlinien für den Zeitraum 2007–2013, die in konkrete nationale Pläne umzusetzen sind. Die Schwerpunkte sind: Wettbewerbsfähigkeit von Land- und Forstwirtschaft; Landschaftspflege und Umweltmanagement; Lebensqualität und Diversifizierung in den ländlichen Gebieten. (sp)

Wahl|ver|fahren (für das EU-Par|la|ment): Trotz zahlreicher Bemühungen ist es bis heute nicht gelungen, das Wahlverfahren für die Mitglieder des Europäischen Parlaments unionsweit zu vereinheitlichen. So sind die einzelnen Mitgliedstaaten weitgehend frei. Vorgeschrieben ist nur, dass nach Verhältniswahlrecht gewählt wird und eine Wahlhürde von mindestens 5% der abgegebenen Stimmen bestehen muss. (sp)



Euro-Clips zum Ersten

Die Generaldirektion für Gesundheit und Konsumentenschutz der Europäischen Kommission möchte sich mit der neuen Website «Public Health Videos» auch ein Stücklein vom Kuchen der videosüchtigen User abschneiden. Man findet dort Dutzende von Videoclips und TV-Werbespots aus allen möglichen Ländern zum Angucken oder Runterladen. Die Mini-Filmwerke befassen sich schwergewichtig mit den Themen Sucht, Krebs, hochansteckende Krankheiten, Ernährung und Bewegung, psychische Gesundheit, Gesundheit am Arbeitsplatz. (sp)

http://www.healthclips.eu/index_en.cfm

Euro-Clips zum Zweiten

Jedermann kennt das Portal YouTube mit seinem unerschöpflichen und täglich wachsenden Angebot an Videoclips zu wirklich jedem Thema, das man sich denken kann. Dort hat sich jetzt auch die EU eingemietet, mit dem naheliegenden Schlagwort «EUtube». Im Angebot sind 46 Videos sowie, unter anderem, ein Meinungsblog zu EU-Fragen. Eine flüchtige Übersicht scheint zu ergeben, dass die Leserbeiträge mehrheitlich EU-skeptisch bis -feindlich sind – und überdies nicht die denkbar intelligenteste Lektüre. Es täte durchaus gut, hier ein bisschen Gegensteuer zu geben. (sp)

<http://www.youtube.com/eutubede>

RUMÄNIEN – «EUROPÄISCHER PROBLEMFALL?»

In den Schweizer Medien und wohl allgemein in der öffentlichen Wahrnehmung dominiert häufig ein negatives Bild Rumäniens. Das Land gehört seit Anfang 2007 zur EU, wird aber mithin als «Mitgliedstaat zweiter Klasse» bezeichnet. Die grosse Kluft zwischen Arm und Reich, ungenügende Rechtsstaatlichkeit und die weitverbreitete Korruption stellen grosse Probleme dar. In letzter Zeit verstärkt sich zudem das Bild der Roma als Minderheit, die – wie in Italien – grosse Schwierigkeiten bereitet.

Dieses Bild entpuppt sich bei näherem Hinschauen als zu einseitig. So gibt es auch Positives zu vermelden. Der Fortschrittsbericht der EU von letztem Juli konstatiert doch gewisse Fortschritte. Sie sind zwar eher klein, aber sie sind da. Bundesrätin Doris Leuthard war nach ihrem Besuch in Rumänien positiv überrascht. Rumänien verfüge über ein gutes Wirtschaftswachstum, die jungen Leute über eine gute Ausbildung, und die Arbeitslosigkeit sei nicht hoch. Sie zeigte sich darum für Rumäniens Zukunft optimistisch. Abseits von Politik und Wirtschaft hat Rumänien auch touristisch etwas zu bieten: Durch seine geografische Lage verfügt es über eine abwechslungsreiche Landschaft. Als Beispiel für die Attraktivität Rumäniens als Reiseziel sei hier die Region

Siebenbürgen (Transsilvanien) genannt, die mehrere Stätten des UNESCO-Weltkulturerbes beherbergt.

Siebenbürgen ist auch in integrationshistorischer Hinsicht interessant. Im 16. Jahrhundert konnte es unter türkischer Oberherrschaft ein eigenes, freiheitliches Staatswesen aufbauen. Beispielhaft war die Gewaltenteilung zwischen Fürst, fürstlichem Rat und Parlament. Die Staatsform trug eindeutig (direkt-)demokratische Züge. Ein wichtiger Grundpfeiler der politischen Ordnung zu dieser Zeit war der Schutz von Minderheiten und die damit einhergehende Religionsfreiheit. Religiöse Toleranz war verfassungsmässig verbrieft; es existierten sechs verschiedene Konfessionen friedlich nebeneinander. Nur wenige andere Staatsformen in Europa wiesen zu diesem Zeitpunkt Ähnlichkeiten zu diesem republikanisch-demokratisch geprägten Modell auf.

Martin Bundi, Historiker und alt Nationalrat, hat dem damaligen Siebenbürgen einen interessanten Artikel gewidmet. Der Beitrag erläutert die damalige Situation mit grosser Fachkenntnis und führt vor Augen, dass es schon vor mehr als 500 Jahren ein Staatsmodell gab, das auch aus heutiger Sicht eine gewisse Vorbildfunktion haben könnte. (iz)

Martin Bundi, 2008: *Die Region Transilvania im 16. Jahrhundert – ein europäisches Integrationsmodell*, Sagonn, 12 Seiten. Gratis zu beziehen beim Sekretariat der Nebs: Postfach 789, 3000 Bern 9; Tel. 031 302 35 36; Fax 031 302 56 82 oder info@europa.ch





4. Oktober 2008 – Gipfel zur internationalen Finanzkrise: Die Staatsoberhäupter der vier europäischen Mitglieder der G8 haben sich verpflichtet, die in Bedrängnis geratenen Banken mit «angemessenen Mitteln und in koordinierter Weise» zu unterstützen und die «Verantwortlichen» zur Rechenschaft zu ziehen. Sie haben auch zu einem internationalen Gipfel zwecks Neuordnung des Finanzsystems aufgerufen. Dies mit dem Ziel neuer Normen zur Regulierung und Überwachung des Finanzmarktes. Dabei sollen keine Ausnahmen gemacht werden. Die Schweiz, Global Player auf dem Finanzmarkt, war nicht anwesend. (nr) (Bild: Europäische Kommission)



eu.spots

Nothilfe gegen Kohldampf:

Die Zeiten sind härter geworden, und die EU-Kommission beantragt, den Kredit für die direkte EU-Nahrungsmittelhilfe an Bedürftige in den Mitgliedstaaten von 310 auf 500 Millionen Euro aufzustocken. Ironie des Schicksals: Die verbesserte EU-Agrarpolitik hat die einst berühmten Produktionsüberschüsse weitgehend abgeschafft, die gratis abgegeben werden konnten. Jetzt kostet das Programm, von dem Millionen Bedürftiger in 19 EU-Ländern profitieren, halt etwas mehr. (sp)

TV-Europa behauptet sich:

Die berühmte EU-Richtlinie «Fernsehen ohne Grenzen», die das europäische TV-Schaffen insgesamt fördern und gegen die übermächtige US-Konkurrenz «aufrüsten» will, erweist sich als erfolgreich: Im EU-Durchschnitt sind fast zwei Drittel der TV-Programmteile «made in Europe». Der europäische Anteil variierte im Jahr 2006 von 45% in Schweden bis zu 81% in Polen. Markant gestiegen ist die Zahl von Sendungen, die in sämtlichen EU-Ländern ausgestrahlt wurden. (sp)

Für Horizont-erweiterung:

Eine EU-Expertengruppe schlägt vor, den Geist des Programms «Erasmus», das den innereuropäischen Austausch von Hochschulstudenten mit viel Erfolg fördert, auch auf andere Segmente der jungen Bevölkerung auszudehnen: Auch Lehrlinge, höhere Schüler, Jungunternehmer, Kunstschaffende und andere junge Leute sollen Möglichkeiten erhalten, ihren Horizont bei Lernzeiten im Ausland zu erweitern. Solche Erfahrungen sollen künftig die Regel, nicht die Ausnahme sein. (sp)

Perfektion – Auch im Detail



MAX

Design Tisch: Team Girsberger

PERMESSO

Design Bank: Kurt Müller

girsberger

www.girsberger.com